Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7655

09. 08. 90

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur vereinbarten Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit

Der Bundestag wolle beschließen:

Nach jahrzehntelanger Mißwirtschaft der SED/PDS und der Blockparteien, insbesondere der CDU, der LDP (früher LDPD), der NDPD und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), befindet sich die DDR in einer überaus schwierigen Situation. Gegenüber den daraus resultierenden Risiken hat sich das vom Bundeskanzler und der Koalition eingeschlagene Verfahren als ungenügend erwiesen. Es hat vielmehr die Risiken in bedrükkender Weise vergrößert. In der DDR ist infolgedessen eine krisenhafte Entwicklung entstanden. Soweit die Probleme darauf beruhen, daß für Bürger und Wirtschaft hinsichtlich der rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen Unsicherheit besteht, kann jetzt ein unverzüglicher Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Lösungsbeitrag leisten.

Demgegenüber bringt ein Vorziehen der für den 2. Dezember 1990 vorgesehenen gesamtdeutschen Wahl um sieben Wochen die immer größer werdenden wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Probleme der DDR um keinen Schritt einer Lösung näher. Deshalb lehnt der Deutsche Bundestag die vom Bundeskanzler aus durchsichtigen parteitaktischen Motiven geplante Manipulation des Grundgesetzes ab.

Mit dem vom Bundeskanzler geplanten Vorziehen des Wahltermins für die gesamtdeutsche Wahl von dem bisher zwischen den politischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR einvernehmlich festgelegten Termin 2. Dezember 1990 auf den 14. Oktober 1990 versucht der Bundeskanzler, noch schnell ein Wählervotum zu erhalten, bevor das volle Ausmaß der von ihm durch schwerwiegende Fehlentscheidungen im Zusammenhang mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion zu verantwortenden dramatischen Entwicklung in der DDR vollends sichtbar wird. Außerdem versucht er damit, die wahren Kosten der deutschen Einheit bis nach den Wahlen zu verheimlichen.

Aus einem raschen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland folgt keineswegs die Notwendigkeit, den bisher vorgesehe-

nen Wahltermin für die gesamtdeutsche Wahl zu verändern. Im Gegenteil würde ein Vorziehen der Wahl die dramatische Entwicklung in der DDR weiter verschärfen und die Kosten der Einheit weiter erhöhen, da der Gesetzgeber, der die zur Überwindung der Probleme dringend notwendigen Maßnahmen schnellstmöglich beschließen muß, dadurch praktisch ab sofort in seiner Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt wäre. Deshalb steht das vom Bundeskanzler geplante Vorziehen des Wahltermins im Gegensatz zu den Interessen der Deutschen in Ost und West.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre Kraft nicht länger mit unnützen und verfassungsrechtlich fragwürdigen Wahlrechtsdiskussionen zu verzetteln und sich statt dessen im Interesse der Menschen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland darauf zu konzentrieren, wie die drängenden Probleme gelöst werden können. Dazu gehört auch, daß die Bundesregierung ihre bisherige finanzpolitische Schönfärberei beendet, die Kosten der deutschen Einheit wahrheitsgemäß beziffert und dafür ein solides Finanzierungskonzept vorlegt. Solidarität wird nicht durch Täuschung und Schönfärberei, sondern durch Nüchternheit und Ehrlichkeit gefördert.

Bonn, den 9. August 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333